

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 27.05.2010
Sitzung Nummer:	9 (KVPA/09/2010)
Sitzungsdauer:	15:35 - 18:09 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Jörg Hellmuth
Vorsitzender

Gabriela Grimm
Protokollführerin

Anwesend:

Vorsitz

Herr Jörg Hellmuth

Mitglieder

Herr Ralf Berlin

Herr Gerhard Borstell

Herr Wolfgang Kühnel

Herr Günter Rettig

Herr Eduard Stapel

(ab 16.45 Uhr)

Herr Eike Trumpf

beratende Mitglieder

Herr Frank Wiese

(ab 15.44 Uhr)

von der Verwaltung

Frau Annemarie Theil

Herr Carsten Wulfänger

Frau Viola Thiemann

(zeitweise)

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Mitglieder des KVPA und der Tagesordnung
- 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 8. Sitzung des KVPA vom 15.04.2010
- 4 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der 8. Sitzung des KVPA am 15.04.2010
- 8 Beitrittsbeschluss zur Haushaltssatzung 2010
Vorlage: 140/2010
- 9 Beschluss über den Einführungstermin der doppischen Rechnungsführung
Vorlage: 095/2010
- 10 Austritt des Landkreises Stendal aus dem Zweckverband Naturpark Colbitz-Letzlinger-Heide
Vorlage: 132/2010
- 11 Entsendung der Verbandsvertreter des Landkreises Stendal in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Naturpark Colbitz-Letzlinger Heide
Vorlage: 133/2010

- 12 Organisation des Brandschutzes im Landkreis Stendal nach der Gemeindegebietsreform
Vorlage: 137/2010
 - 13 2. Änderungssatzung zur Satzung zur Gewährung einer Entschädigung für ehrenamtlich tätige
Bürger im Brand- und Katastrophenschutz im Landkreis Stendal
Vorlage: 136/2010
 - 14 Zukunftsinvestitionsgesetz - Konjunkturpaket II - Lärmschutz Beantragung Schönberger Weg
statt Lindenstraße in Havelberg
Vorlage: 139/2010
 - 15 Umsetzung der Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)
Vorlage: 142/2010
 - 16 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Landrat, Herr Hellmuth, eröffnet um 15.35 Uhr die 9. Sitzung des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses und begrüßt die Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Mitglieder des KVPA und der Tagesordnung

Der Landrat stellt fest:

- die Ladung zur Sitzung des KVPA erfolgte frist- und ordnungsgemäß am 14.05.2010,
- der KVPA ist beschlussfähig; es sind 7 Mitglieder + 1 beratendes Mitglied des KVPA anwesend (siehe Seite 1 Anwesenheitsliste).

Zur veränderten Tagesordnung bestehen keine Wortmeldungen. Der Landrat stellt sodann die Tagesordnung fest.

zu TOP 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 8. Sitzung des KVPA vom 15.04.2010

Es bestehen keine Einwände zur Niederschrift; der Landrat stellt den öffentlichen Teil der Niederschrift der 8. Sitzung des KVPA vom 15.04.2010 fest.

zu TOP 4 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses der 8. Sitzung des KVPA am 15.04.2010

Der Landrat gibt den in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschluss des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses vom 15.04.2010 (DS Nr. 135/2010) bekannt.

**zu TOP 8 Beitrittsbeschluss zur Haushaltssatzung 2010
Vorlage: 140/2010**

Der Landrat bemerkt, dass im FHLA vor drei Wochen über die Problematik eingehend informiert wurde. Es haben sich seither noch einige Veränderungen ergeben. Zahlen sind auf Grund von Mehreinnahmen aktualisiert worden. Somit fällt die Erhöhung der Kreisumlage geringer aus, als ursprünglich vorgesehen. Es wurden weitere Gespräche mit der Aufsichtsbehörde geführt. Es ist nunmehr ein Austauschblatt erarbeitet worden, welches jeder erhalten hat. Was sich dahinter verbirgt, wird Herr Wulfänger erläutern.

Herr Wulfänger erklärt, dass es sich nicht um einen Beitrittsbeschluss handelt. Die Formulierung muss geändert werden in veränderte Haushaltssatzung und veränderter Haushaltsplan 2010 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen.

Herr Wulfänger geht auf den verbesserten Jahresabschluss und auf die Minderausgaben bei KdU ein. Das sind die Positionen, die sich hinter den verbesserten zwei Millionen Euro verbergen. Er weist noch einmal darauf hin, dass die Aufsichtsbehörde den Beschluss der Haushaltssatzung und der Haushaltskonsolidierung beanstandet hat. Der Haushalt darf keinen strukturellen Fehlbedarf aufweisen. Wir müssen weitere Konsolidierungsmaßnahmen aufzeigen und den Haushalt zum nächst möglichen Zeitpunkt ausgleichen.

Wir haben versucht, möglichst viel noch im Kreishaushalt einzusparen, um die Erhöhung der Kreisumlage im Vergleich zum damaligen Beschluss im Rahmen zu halten. Er erläutert die Maßnahmen. Im Besonderen haben wir Veränderungen im FAG. Diese basieren auf einer Neuverteilung bestimmter FAG-Massen auf Grund einer Entscheidung des Landesverfassungsgerichtes. Davon partizipieren wir bei den allgemeinen Zuweisungen, so dass wir die Kreisumlage nicht mehr um 1,7 Mio. Euro, sondern um 1,288 Mio. Euro erhöhen. Wir sind jetzt bei einem Hebesatz von 44,05 %. Der Durchschnitt aller Landkreise im LSA beträgt 44,0 %.

Er weist darauf hin, dass es sich im Verhältnis zum vergangenen Jahr um keine Umlageerhöhung handelt, so wie es gern gesagt und geschrieben wird. Trifft der Kreistag keine Entscheidung, gelten für 2010 die Umlagesätze aus 2009. Diese Umlage würde dann 48,1 % betragen. Auf Nachfrage von Herrn Kühnel bestätigt Herr Wulfänger, dass es sich um einen absoluten Betrag von 3,2 Mio. Euro handeln würde, den die Kommunen mehr an Kreisumlage aufbringen müsste.

Herr Rettig verweist darauf, was das unter anderen für die Städte Stendal oder Tangermünde bedeuten würde, wenn wir den Beschluss nicht fassen und die 48 % gelten. Dann wird erst deutlich, dass wir diese Veränderung beschließen müssen.

Herr Kühnel bemerkt, dass sich der Landkreis zwar sanieren würde, wenn die alte Kreisumlage weiter gilt, aber die Kommunen würden in einer Weise belastet, die nicht zu vertreten ist. In 2011 muss sich der Landrat etwas einfallen lassen, wo Kosten im Haushalt gespart werden können. Und hier kann man nicht bei den freiwilligen Leistungen anfangen, sondern da muss man die Personalkosten, die Sachkosten u. a. überprüfen. Noch einmal die Kommunen in 2011 belasten, ist nicht drin.

Herr Berlin verweist darauf, dass der Haushalt durchforstet wurde. Er möchte der Verwaltung nicht unterstellen, dass keine Reserven erschlossen worden sind. Er erwartet allerdings, dass die Zahlen des HKK belastbar sind.

Herr Borstell bemerkt, wenn nicht beschlossen wird, sind wir nicht handlungsfähig. Es steht fest, dass insgesamt gespart werden muss. Der Weg muss festgelegt werden. Wenn Gemeinden in die Konsolidierung gehen, muss auch Toleranz gezeigt werden. Das ist für den Landrat oder die Kommunalaufsicht nicht so einfach.

Herr Wiese verweist auf die vergangene Schulausschusssitzung und auf die Kosten im Sozialbereich. Er ist sich nicht sicher, ob die Kosten alle so gerechtfertigt sind, wie sie gezahlt werden. Im Ausschuss kam der Vorschlag, dass Mitarbeiter unterwegs sein sollten, die einfach prüfen, ob hier Missbräuche aufgedeckt werden können.

Herr Kühnel bemerkt, dass nicht wir über die Leistungsbezieher entscheiden. Wir sind nur ausführendes Organ. Die Handlungsfähigkeit ist fast hergestellt. Wir haben jetzt eine Differenz von 1,288 Mio. Euro, die wir durch die Kreisumlage ausgleichen müssen. Wir müssen den Haushalt beschließen.

Herr Rettig bezieht sich auf die Anregung von Herrn Wiese zur Sozialfahndung. Das liegt in der Hoheit der ARGE. Da sind Sozialfahnder beschäftigt. Er ist der Auffassung, dass der Landkreis nicht besser in der Lage wäre, eine solche Fahndung durchzuführen. Die ARGE sollte im Beirat berichten, wie die Sozialfahnder arbeiten und mit welchen Ergebnissen.

Was den Haushalt für 2011 betrifft, sollte der Budgetbericht für das erste Halbjahr abgewartet werden, um die Entwicklung einschätzen zu können. Bezüglich der Einsparungen im Personalbereich möchte er sagen, dass der Kreis am Tarif nichts ändern wird. Man muss in diesem Bereich sehr tiefgründig und gemeinsam überlegen. Hier muss konzeptionell gearbeitet werden.

Herr Rettig möchte wissen, wie sinnvoll es ist, im November oder Dezember einen Haushaltsentwurf für 2011 vorzulegen, wenn nicht annähernd die konkreten Zahlen vorliegen?

Herr Wulfänger bemerkt, dass es Ziel der Verwaltung ist, einen Haushalt in einem Jahr für das Folgejahr zu beschließen. Es geht um die schnelle Handlungsfähigkeit. Per 15.09.2010 wird es einen Budgetbericht geben. Mit diesen relativ belastbaren Zahlen kann der Haushalt für das Jahr 2011 aufgestellt werden.

Auch der Vermögenshaushalt wurde geändert. Da wir mehr Investitionszuweisungen erhalten, wurde die Kreditaufnahme um diese Summe reduziert. Jede Investition ist nachzuweisen. Diese Unterlagen werden zur Zeit zusammen getragen.

einstimmig zugestimmt

zu TOP 9 Beschluss über den Einführungstermin der doppischen Rechnungsführung
Vorlage: 095/2010

Der Landrat sagt zur Vorlage die veränderte Beratungsfolge an:

FHLA	06.05.2010
KVPA	27.05.2010
Kreistag	10.06.2010

Es bestehen keine Anfragen zur Vorlage.

einstimmig zugestimmt

zu TOP 10 Austritt des Landkreises Stendal aus dem Zweckverband Naturpark Colbitz-Letzlinger-Heide
Vorlage: 132/2010

Der Landrat möchte die TOP 10 und 11 gemeinsam behandeln.

Hierzu gibt es keinen Widerspruch.

Frau Theil bemerkt, dass das Ziel des Zweckverbandes, welches verfolgt wurde, nunmehr jeder Grundlage entbehrt. Es wird definitiv keinen Kulturpark geben. Aus diesem Grund besteht kein Anlass, die Mitgliedschaft im Zweckverband aufrecht zu erhalten. Des Weiteren muss die Verbandsversammlung im Zuge der Auflösung einiges abwickeln. Und hierfür sind Vertreter zu benennen.

mehrheitlich zugestimmt

Ja mehrheitlich Nein 0 Enthaltung 1

**zu TOP 11 Entsendung der Verbandsvertreter des Landkreises Stendal in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Naturpark Colbitz-Letzlinger Heide
Vorlage: 133/2010**

mehrheitlich zugestimmt

Ja mehrheitlich Nein 0 Enthaltung 1

**zu TOP 12 Organisation des Brandschutzes im Landkreis Stendal nach der Gemeindegebietsreform
Vorlage: 137/2010**

Der Landrat bemerkt, dass die Vorlage mit den Fachleuten in den Ausschüssen diskutiert worden ist.

Auf Nachfrage von Herrn Trumpf, doch die Strukturen besonders im Brandabschnitt 3 noch einmal zu überdenken, bemerkt Herr Wulfänger, dass hierüber ein Jahr beraten worden ist. Insbesondere die Feuerwehrleute haben sich eingebracht, denn die müssen es umsetzen. Es spielte besonders das Gefahrenpotential eine Rolle, und das liegt eben im Brandabschnitt 3.

Es bestehen keine weiteren Anfragen.

einstimmig zugestimmt

**zu TOP 13 2. Änderungssatzung zur Satzung zur Gewährung einer Entschädigung für ehrenamtlich tätige Bürger im Brand- und Katastrophenschutz im Landkreis Stendal
Vorlage: 136/2010**

Herr Wulfänger weist darauf hin, dass es nunmehr einen Kreisjugendfeuerwehrwart geben wird. Das ist eine Neuerung.

Es bestehen keine weiteren Anfragen.

einstimmig zugestimmt

**zu TOP 14 Zukunftsinvestitionsgesetz - Konjunkturpaket II - Lärmschutz Beantragung Schönberger Weg statt Lindenstraße in Havelberg
Vorlage: 139/2010**

Der Landrat bemerkt, dass die Stadt Havelberg auf Grund bestimmter Untersuchungen darum gebeten hat, aus den Mitteln des Konjunkturpaketes nicht die Lindenstraße, sondern den Schönberger Weg zu beantragen.

Herr Berlin weist darauf hin, dass sich der Bauausschuss der Stadt Havelberg dagegen ausgesprochen hat.

Der Landrat hat dazu mit dem Bürgermeister der Stadt Havelberg gesprochen. Dieser geht davon aus, dass der Stadtrat sich für die Änderung ausspricht. Dieser Beschluss wird abgewartet.

einstimmig beschlossen

zu TOP 15 Umsetzung der Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)
Vorlage: 142/2010

Der Landrat bemerkt, dass er vom Kreistag den Auftrag hatte, eine Vorlage zum 10.06.2010 zu erarbeiten. Diese liegt nunmehr vor.

Sollte Bedarf bestehen, die Problematik in den Fraktionen erläutert zu bekommen, werden wir das gerne tun.

Herr Wulfänger verweist darauf, dass der Antrag auf Option zum 31.12.2010 gestellt werden muss. Umgesetzt wird diese Option dann zum 01.01.2012. Man hätte also ein Jahr Zeit, die Option umzusetzen.

Nach weitreichender Diskussion wird die Vorlage vom KVPA einstimmig zurückgestellt. Grundsätzlich ist die Frage zu klären, was dem Landkreis die Option kosten wird. Eine belastbare Gegenüberstellung der Kosten und des Nutzens ARGE/OPTION ist vorzulegen. Die Frage ist zu beantworten, ob der Landkreis Stendal und der Altmarkkreis Salzwedel die Option gemeinsam ziehen könnten. Die Betroffenen müssen auf jeden Fall durch die Option besser gestellt werden. Es wird vorgesehen, die Vorlage nach der Sommerpause wieder zu behandeln (Kreistag September).

zurückgestellt

zu TOP 16 Anfragen und Hinweise

Es bestehen keine Anfragen und Hinweise.